



PRESSEINFORMATION

Menschenrechtsbefund 2010

Gravierende Defizite im Umgang mit Menschenrechten in den Bereichen Justiz und Politik

- **Menschenrechtssituation in Österreich muss wesentlich verbessert werden**
- **Erkennbares Muster, wonach bei Gesetzgebung und Vollzug nur das Nötigste in Bezug auf menschenrechtliche Verpflichtungen umgesetzt wird**
- **Verschlechterungen im Asyl- und Fremdenrecht**
- **Akzeptanz der demokratischen Grundordnung gefährdet**

Wien, 18. Mai 2011 - Die Österreichische Liga für Menschenrechte hat heute zur Präsentation des alljährlichen Menschenrechtsbefunds geladen, der anlässlich der Wahl Österreichs in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen am 20. Mai 2011 besondere Brisanz hat.

Nachdem sich Österreich im Jänner erstmals der Universellen Menschenrechtsprüfung der Vereinten Nationen (UPR) stellte, und in diesem Zusammenhang auch eine Bewertung der Menschenrechtssituation durch die internationale Staatengemeinschaft erfolgte, erschien es sinnvoll, diese Ergebnisse abzuwarten und in den nun vorliegenden Befund einzuarbeiten.

„Die Empfehlungen des Menschenrechtsrats belegen, dass die Menschenrechtssituation in Österreich wesentlich verbessert werden muss“, führt Mag. Marianne Schulze, Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte und Co-Initiatorin der Initiative menschenrechte.jetzt., aus. „Österreich hat drei Mal so viele Empfehlungen wie Deutschland erhalten, die Vereinten Nationen scheinen dringenden Handlungsbedarf zu sehen.“

Dr. Barbara Helige, Präsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte, betont, *„dass es nach wie vor eine große Anzahl menschenrechtlicher 'Baustellen' gibt“,* und eine tief greifende Änderung zum Besseren nicht erkennbar sei. Vielmehr ist bei Gesetzgebung und Vollzug ein Muster zu konstatieren, wonach immer nur das Nötigste - meist aufgrund internationaler Verpflichtungen - umgesetzt wird. In gewissen Bereichen wie dem Asyl- und Fremdenrecht passiert nicht einmal das, sondern es *„sind fast ausnahmslos Verschlechterungen zu beklagen“,* so Helige.

Im Mittelpunkt der Ausführungen Heliges steht die Warnung, dass es vor allem einer funktionsfähigen, unabhängigen Gerichtsbarkeit bedarf, die im demokratischen Rechtsstaat im Sinne der „checks and balances“ unabdingbar ist. Durch die derzeitige staatspolitische Positionierung der Staatsanwaltschaft ist die Balance empfindlich gestört. Nach der StPO-Vorverfahrensreform und der Aufwertung der Rolle der Staatsanwaltschaft bedarf es einer Weiterentwicklung in Richtung Unabhängigkeit von politischen Kräften. Helige ortet hier ein



„gravierendes strukturelles Defizit an der Schnittstelle Justiz und Politik, das hauptverantwortlich für den massiven Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Justiz ist“.

Helige fordert dringende Maßnahmen, wie etwa, dass die Weisungsbefugnis gegenüber den Staatsanwälten aufgegeben werden muss. Hier wäre eine unabhängige Instanz, wie etwa ein aufgewerteter Generalprokurator, denkbar. Aber auch im Bereich der Korruptionsbekämpfung bedarf es nicht nur einer glaubwürdigen Haltung der Politik, sondern auch finanzieller und personeller Ressourcen. Staatsanwaltschaften und Gerichte müssten zudem lernen, sich einer kritischen Auseinandersetzung ihrer Tätigkeit zu stellen.

Es liegt laut Helige jedoch der Verdacht nahe, dass manche der geforderten Maßnahmen bisher aus machtpolitischen Erwägungen unterblieben sind. „Die Akzeptanz der demokratischen Grundordnung, die auf dem Vertrauen in den Rechtsstaat basiert, sei maßgeblich gefährdet“, warnt die Präsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte.

Österreichische Liga für Menschenrechte

Die Österreichische Liga für Menschenrechte setzt sich für die Umsetzung und Einhaltung der Menschenrechte ein. Sie greift aktuelle Themen auf und setzt sich in Veranstaltungen, Projekten und durch Öffentlichkeitsarbeit mit menschenrechtlich relevanten Themen auseinander. Das Büro steht überdies allen Ratsuchenden als Anlaufstelle bei individuellen Anliegen im Bereich von Menschenrechten zur Verfügung und bietet Orientierungshilfe bei Rechtsfragen.

www.liga.or.at

Rückfragen:

Dr. Marion Wisinger, Generalsekretärin Österreichische Liga für Menschenrechte

Tel.: 0699 11340132

E-Mail: office@liga.or.at